

03-04-23

Andreas Zumach an die Organisatoren des DEKT

## **NAKBA-Ausstellung: Deutscher Evangelischer Kirchentag (DEKT) rechtfertigt Verbotsbeschuß mit Falschbehauptung und unbelegten Vorwürfen/Palästinenser auf Nürnberger Kirchentag nur eine der „Minderheiten in Israel“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach meiner Informationsmail vom 7. Februar 2023 hatten viele von Ihnen an das Präsidium und an die Geschäftsstelle des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) geschrieben mit kritischen Nachfragen zum Verbot der NAKBA-Ausstellung auf dem kommenden Kirchentag vom 7.-11. Juni in Nürnberg und mit der dringenden Bitte um eine Begründung für diese Zensurmaßnahme. Für dieses Ihr Engagement danke ich Ihnen sehr.

Allerdings hat niemand von Ihnen hat eine Antwort mit der erbetenen Begründung erhalten. Beim DEKT gilt nach wie vor die selbstherrliche, arrogante Maxime, mit der das Büro von Kirchentagspräsident Thomas de Maiziere bereits im Januar Fragesteller abwimmelte: „Ihr Schreiben wurde gar nicht gelesen und daran besteht auch überhaupt kein Interesse.“

Und warum nicht? Warum hat der DEKT - laut ständiger Selbstdarstellung dem „Dialog“ und dem „gesellschaftlichen Diskurs“ verpflichtet - auf die zahlreichen, an ihn gerichteten Schreiben seit Monaten nicht reagiert? Auf diese Frage des Deutschlandfunks für eine am 21.März ausgestrahlte Sendung (<https://www.deutschlandfunk.de/warum-die-nakba-ausstellung-nicht-auf-dem-ev-kirchentag-zu-sehen-ist-dlf-046062af-100.html> ) wollte DEKT-Generalsekretärin Kristin Jahn ausdrücklich keine Antwort geben.

Völlig wirkungslos blieben Ihre Schreiben an die Verantwortlichen des DEKT allerdings nicht. Gemeinsam mit einem Mitte Februar veröffentlichten Brief (Anhang 1) von acht west- und ostdeutschen ChristInnen, die seit Jahrzehnten eng mit dem DEKT verbunden waren (darunter der frühere Erfurter Probst Heimo Falcke sowie die ehemalige Kirchentagspräsidentin Elisabeth Raiser und ihr Mann Konrad, vormals Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf) sowie der Berichterstattung über diesen Brief im Evangelischen Pressedienst (epd, Anhang 2) sowie in Publik Forum (mit sehr kritischem Kommentar, Anhang 3) führten Ihre Schreiben dazu, daß sich das Präsidium erneut mit dem Thema beschäftigen mußte. Allerdings mit sehr enttäuschenden Ergebnis: einstimmig bekräftigte das Präsidium auf einer Sitzung am 10. März seinen ursprünglich im Oktober letzten Jahres gefaßten Verbotsbeschuß und versuchte diese bis dato nicht begründete Zensurmaßnahme nun mit dem unbelegten Pauschalvorwurf über eine angebliche „Einseitigkeit“ der Ausstellung zu rechtfertigen sowie mit der Falschbehauptung über eine angeblich in der Vergangenheit verweigerte „Überarbeitung“ der Ausstellung. Die PalästinenserInnen sollen auf dem Kirchentag in Nürnberg lediglich als einer der „Minderheiten in Israel“ vorkommen.

Mit diesem Beschuß fällt das DEKT-Präsidium allen Menschen in den Rücken, die sich in Israel/Palästina und in Deutschland seit Jahrzehnten für eine menschenrechts- und völkerrechtskonforme Friedenslösung

des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen. Ohne eine solche Friedenslösung kann und wird es auch keine unbedrohte Existenz des Staates Israel geben.

Der Beschluß des DEKT-Präsidiums vom 10. März im Wortlaut:

"Das Präsidium des Kirchentags hat im Oktober 2022 nach Beratung durch eine Prüfgruppe entschieden, den Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. zum Markt der Möglichkeiten zuzulassen, hingegen die Ausstellung zur NAKBA nicht zu zeigen. Diese Entscheidung bleibt bestehen. Denn die Ausstellung, die in früheren Jahren gezeigt wurde, ist in ihrer Einseitigkeit seit Jahren überarbeitungsbedürftig, und sie ist diese Überarbeitung bisher schuldig geblieben. Die Ausstellung in dieser Form schließt die Diskussion mehr als dass sie sie öffnet. Wir wollen aber das strittige Thema aufgreifen und ihm auf dem Kirchentag in Nürnberg durch eine eigene Veranstaltung Raum geben."

Für die behauptete „Einseitigkeit“ der NAKBA-Ausstellung haben die DEKT- Geschäftsstelle und das Präsidium auch auf mehrfache Nachfragen seit dem 10. März kein einziges Beispiel oder gar einen Beleg nennen können. Stattdessen erklärte DEKT-Generalsekretärin Kristin Jahn in der Sendung des Deutschlandfunks vom 21.3.: „Der Verein Flüchtlingskinder im Libanon weist auf seiner Homepage von sich aus selbst daraufhin, daß er eine bewußte Einseitigkeit in der Ausstellung gewählt hat.“ Auf Nachfragen, wo denn dieser angebliche Hinweis zu finden sei, reagiert die DEKT-Generalsekretärin nicht. Tatsächlich gibt es einen solchen Hinweis auf der Homepage des Vereins nicht, und es hat ihn auch nie gegeben. Dennoch wird diese tatsachenwidrige Falschbehauptung der DEKT-Generalsekretärin wider besseres Wissen inzwischen auch von DEKT-Sprecherin Milena Vanini verbreitet.

Neben DEKT-Generalsekretärin Jahn kommt in der Sendung des Deutschlandfunks als KritikerIn/Gegnerin der NAKBA-Ausstellung einzig die frühere Geschäftsführerin des American Jewish Council in Berlin, Deidre Burger zu Wort - und dies ebenfalls mit einer von ihr bereits seit Jahren verbreiteten Falschbehauptung: der Verein Flüchtlingskinder im Libanon sei „nicht am Dialog interessiert“, sondern er verbreite mit der Ausstellung „ein Narrativ, das ausschließlich die Palästinenser als rechtmäßige Bewohner Israels zeigt“. Damit unterstellt Berger dem Verein Flüchtlingskinder im Libanon, der NAKBA-Ausstellung und allen Menschen, die diese Ausstellung unterstützen, sie würden das Recht von Jüdinnen und Juden, auf dem Territorium des Staates Israel zu leben oder gar das Existenzrecht dieses Staates in Frage stellen. Diese Unterstellung ist eine Verleumdung.

Eine Mischung aus Irreführung der Öffentlichkeit und tatsachenwidriger Falschbehauptung wider besseres Wissen ist auch der Satz aus dem Präsidiumsbeschluß: „Denn die Ausstellung, die in früheren Jahren gezeigt wurde, ist in ihrer Einseitigkeit seit Jahren überarbeitungsbedürftig, und sie ist diese Überarbeitung bisher schuldig geblieben.“

Tatsache ist: die Ausstellung wurde seit 2009 auf fünf Evangelischen Kirchentagen gezeigt. Ein Ersuchen des DEKT zur Überarbeitung der Ausstellung hat es nie gegeben. Die einzigen jemals unterbreiteten Vorschläge zur Überarbeitung durch einige Präzisierungen und Ergänzungen (vorgelegt auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Jahr 2018) wurden sämtlich umgesetzt - siehe die im Anhang 4 beigefügte Liste. Diese Liste liegt auch dem DEKT vor.

Wer waren die Mitglieder der vom DEKT eingesetzten „Prüfgruppe“ (in früheren Äußerungen der DEKT-Geschäftsstelle auch als „Expertengremium“ bezeichnet), die dem DEKT-Präsidium das Verbot der Ausstellung empfohlen haben?

Auch diese Frage seit November letzten Jahres mehrfach gestellte Frage will der DEKT weiterhin nicht beantworten. Allerdings beriefen sich einige Präsidiumsmitglieder auf Nachfrage zu der von ihnen behaupteten „Einseitigkeit“ der NAKBA-Ausstellung auf Einschätzungen der beiden „Antisemitismusbeauftragten“ der Landesregierung Baden-Württemberg, Michael Blume und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Christian Staffa (auch Vorstandsmitglied der AG Juden und Christen beim DEKT).

Michael Blume hatte in seinem Jahresbericht 2019 die Ausstellung unter dem Kapitel „Israelfeindlicher Antisemitismus“ erwähnt und damit stigmatisiert -ohne eine konkrete Begründung für diese Zuordnung. Auf Nachfragen in einem Zeitungsinterview ruderte Blume halb zurück: „Ich werte die Ausstellung nicht als antisemitisch, aber als einseitig.“ Als Beleg für die angebliche „Einseitigkeit“ der Ausstellung über die Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen in den Jahren 1947/48 nannte Blume die fehlende Erwähnung des in den Jahren 1937-1945 bestehenden „Bündnisses zwischen Adolf Hitler und dem Großmufti von Jerusalem“. Damit betreibt der "Antisemitismusbeauftragte" Blume elenden Whataboutism und versucht offenbar, ein Übel durch ein anderes Übel zu rechtfertigen.

Christian Staffa bezeichnete die NAKBA-Ausstellung auch in Reaktion auf einige Ihrer Fragen nach einer Begründung für die Verbotsentscheidung des DEKT pauschal und ohne irgendwelche Details als „schlecht“ und unterstellte den Fragestellern Unkenntnis („Kennen Sie die Ausstellung überhaupt?“).

„Die Ausstellung in dieser Form schließt die Diskussion mehr als dass sie sie öffnet.“

Diese - ebenfalls durch nichts belegte - Behauptung des DEKT-Präsidiums steht im Widerspruch zu den gemachten Erfahrungen an den über 120 Orten, an denen die Ausstellung seit ihrer Konzeption im Jahr 2008 gezeigt wurde (siehe dazu die im Anhang 5 beigefügte Stellungnahme des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon zur Verbotsentscheidung des DEKT-Präsidiums).

Im letzten Satz seiner Verbotsentscheidung verspricht das DEKT-Präsidium:

„Wir wollen aber das strittige Thema aufgreifen und ihm auf dem Kirchentag in Nürnberg durch eine eigene Veranstaltung Raum geben.“

Auf Nachfrage, wo auf dem Kirchentag dies geschehen soll, verweist das DEKT in einer schriftlichen Antwort allen Ernstes auf folgende Veranstaltung im Kirchentagsprogramm:

*Minderheiten in Israel*

*Kulturell, politisch, demografisch*

*Gespräch:*

*Dr. Lidia Averbukh, Expertin für israelische Innen- und Außenpolitik, Bertelsmann Stiftung, Berlin*

*Prof. Dr. Johannes Becke, Israel- und Nahostforscher, Wiesbaden*

*Moderation:*

*Prof. Dr. Doron Kiesel, Direktor Bildungsabteilung Zentralrat der Juden in Deutschland, Frankfurt/Main*

*Anwältinnen des Publikums:*

*Dr. Franziska Grieser-Birmeyer, Henfenfeld*

*Dora Charlotte Köhler, Berlin*

*Fr*

*11.00–12.30*

*Zentrum Juden und Christen | Podium*

Damit greift der DEKT dem Ergebnis von Bestrebungen vor, die die neue israelische Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu bereits in ihrem Koalitionsvertrag ganz unverhohlen angekündigt hat: „Das jüdische Volk hat ein exklusives und unanfechtbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel. Diese Regierung wird überall die Siedlungen ausbauen, auch in Judäa und Samaria.“

Mehrere an der Regierung beteiligte Parteien und ihre Minister fordern die Annexion zumindest der Westbank sowie die Vertreibung der dort lebenden Palästinenser. Diejenigen Palästinenser, die nach Umsetzung dieser Vorhaben vielleicht noch auf dem 1947 von der UNO und im Oslo-Abkommen von 1993 für ihren Staat vorgesehenen Territorium verblieben, wären dann tatsächlich nur noch eine der „Minderheiten in Israel“.

Kommentare zu dieser Programmplanung für den Nürnberger Kirchentag und zu dem Zensurbeschuß des DEKT-Präsidiums richten Sie bitte an

-Kirchentagspräsident Thomas de Maiziere

[buero.thomas.demaiziere@t-online.de](mailto:buero.thomas.demaiziere@t-online.de)

-DEKT-Generalsekretärin Kristin Jahn

[generalsekretariat@kirchentag.de](mailto:generalsekretariat@kirchentag.de)

sowie an den Bischof der für den Nürnber Kirchentag gastgebenden Bayerischen Landeskirche, Heinrich Bedford-Strohm

[landesbischof@elkb.de](mailto:landesbischof@elkb.de)

Und bitte mit Kopie an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Zumach

